

1. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. Oktober 1990, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	1, 20	Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/6)	
Eröffnung der 12. Wahlperiode			
Alterspräsident Fensberg	2	Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/7)	
Bestellung vorläufiger Schriftführer	2	Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Text der Geschäftsordnung (Drs. 12/8)	
Nachruf auf Abg. Hefele	2	Antrag der Abg. Hiersemann u. Frakt. SPD betr. Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 12/9)	
Gedenken der in der 11. Legislaturperiode verstorbenen Mitglieder Ministerpräsident Dr. Strauß , Staatsminister Dr. Eisenmann , Abg. Marxreiter und Abg. Schön Karl	2	Antrag der Abg. Grünbeck, Großer, Prof. Dr. Doebelin, Freiherr von Gumpfenberg, Hiersemann, Spatz, Dr. Zech FDP, betr. Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 12/10)	
Feststellung der Beschlußfähigkeit (Anwesenheitsliste als Anlage)			
Genehmigung der Tagesordnung			
Beschluß	3		
Verfügbare Übernahme der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag in der derzeitigen Fassung			
dazu			
Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/1)		Frau Scheel (DIE GRÜNEN)	4
Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/2)		Grünbeck (FDP)	6
Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/3)		Hiersemann (SPD)	6
Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/4)		Glück Alois (CSU)	7
Antrag der Abg. Dr. Fleischer, Paulig, Scheel u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Änderung der Geschäftsordnung – GeschO – (Drs. 12/5)		Beschluß	8
		Wahl des Präsidenten	
		Glück Alois (CSU)	8
		Geheime Wahl	9
		Dr. Verndran (CSU)	9
		Wahl des Ersten Vizepräsidenten	
		Glück Alois (CSU)	12
		Geheime Wahl	12
		Möslin (CSU)	12
		Wahl des Zweiten Vizepräsidenten	
		Hiersemann (SPD)	12

Geheime Wahl	12
Dr. Rothemund (SPD)	12
Wahl der Schriftführer	
Müller Willi (CSU)	13
Michl (CSU)	13
Frau Hecker (CSU)	13
Kling (CSU)	13
Frau Harrer (SPD)	13
Franz (SPD)	13
Frau Rieger (DIE GRÜNEN)	13
Spatz (FDP)	13
Beschluß	13
Wahl und Vereidigung des Ministerpräsidenten	
Glück Alois (CSU)	13, 16
Frau Paulig (DIE GRÜNEN)	13
Hiersemann (SPD)	16
Grünbeck (FDP)	17
Geheime Wahl	18
Ministerpräsident Dr. Streibl	18
Bekanntgabe der Mitglieder des Ältestenrats und ihrer Vertreter	20
Schluß der Sitzung	20

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 03 Minuten

Alterspräsident Feneberg (CSU): Ich eröffne die erste Sitzung des 12. Bayerischen Landtags.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich, wie es in § 1 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehen ist, die zwei jüngsten Mitglieder dieses Landtags zu vorläufigen Schriftführern ernennen.

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist Monika Hohlmeier zweitjüngstes Mitglied des Hohen Hauses. Als jüngstes Mitglied wurde Herr Joachim Spatz genannt. Ich darf Sie, Frau Kollegin Hohlmeier, bitten, zu meiner Rechten, und Sie, Herr Kollege Spatz, zu meiner Linken Platz zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine Ehre, als Alterspräsident, Sie sehr herzlich zu begrüßen und Ihnen zu Ihrer Wahl in dieses Hohe Haus zu gratulieren.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt den Kolleginnen und Kollegen, die dem Bayerischen Landtag zum ersten Mal angehören. Ihnen und allen wiedergewählten Mitgliedern des Hohen Hauses wünsche ich für

die vor uns stehenden parlamentarischen Aufgaben viel Erfolg.

Mein Gruß gilt auch allen Ehrengästen, die in der Ehrenloge Platz genommen haben. Einen besonderen Gruß richte ich an den bisherigen Präsidenten des Bayerischen Landtags, Herrn Dr. Franz Heubl, und Frau Heubl.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich den Präsidenten des Bayerischen Senats, Herrn Dr. Hans Weiß, und Frau Weiß.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, daß unser ehemaliger Ministerpräsident, Dr. Alfons Goppel, und der ehemalige Landtagspräsident, Rudolf Hanauer, ebenfalls unter uns sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ferner heiße ich willkommen den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Herrn Dr. Parsch, und den Doyen des Konsularischen Korps, Herrn Generalkonsul Blackstock.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, daß Rundfunk und Fernsehen sowie Pressefotografen um Aufnahmegenehmigung gebeten haben. Ihr Einverständnis voraussetzend wurde die Erlaubnis erteilt. Das Bayerische Fernsehen überträgt unmittelbar. In diesem Zusammenhang begrüße ich auch die Damen und Herren der Medien und bitte sie, an der Arbeit des Parlaments auch künftig reges Interesse zu zeigen.

Ich bitte Sie nun, eines Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 26. September verstarb Herr Günter Hefe nach schwerer Krankheit im Alter von 50 Jahren. Günter Hefe gehörte dem Bayerischen Landtag seit 1986 an. Er vertrat in der Fraktion der SPD den Stimmkreis Fürth-Stadt. In den vier Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit engagierte er sich im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen als sachkundiger Anwalt seiner fränkischen Heimat. Bis zuletzt erfüllte er in vorbildlicher Weise seine Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit. Günter Hefe war ein allseits geschätzter liebenswerter Kollege.

Der Bayerische Landtag wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

In unser Gedenken bitte ich Sie auch die im Amt verstorbenen Kollegen der letzten Legislaturperiode einzuschließen: Herrn Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Strauß, Herrn Staatsminister Dr. Hans Eisenmann und die Kollegen Johann Marxreiter und Karl Schön.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Alterspräsident darf ich Ihnen nun, einer bewährten Tradition fol-

(Alterspräsident Feneberg [CSU])

gend, einige Gedanken vortragen, die mich in dieser Stunde bewegen.

Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben am 14. Oktober ihr Votum abgegeben. Sie haben das politische Kräfteverhältnis im Landtag festgelegt und für klare Mehrheiten gesorgt. Das Wahlergebnis ist ein deutliches Bekenntnis zu den bewährten Grundsätzen unserer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie.

Seien wir uns der hohen Verantwortung bewußt, die wir als Abgeordnete für das Ansehen dieser parlamentarischen Demokratie in unserem Land tragen! Wir sollen, wir müssen Vertreter des g a n z e n bayerischen Volkes sein, nicht nur einer Partei. So bestimmt es die Bayerische Verfassung. Das Parlament ist im Idealfall ein Spiegelbild der in der Gesellschaft relevanten Kräfte und Strömungen. Der Austausch des Für und Wider zwischen den Fraktionen und Gruppen und den einzelnen Abgeordneten ist ein notwendiger Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Der lebendige Widerstreit der Argumente macht das Parlament zum zentralen Forum der politischen Auseinandersetzung.

Auch im 12. Bayerischen Landtag werden wieder lebhaft und leidenschaftliche Kontroversen um die beste politische Lösung ausgetragen werden. Aber bei aller Schärfe muß die Auseinandersetzung getragen sein von der Verantwortung für das gemeinsame Ganze. Vermeiden wir deshalb überspitzte Polarisierungen, und suchen wir nicht im Angriff, sondern im Argument das Profil! Der Ausgleich von Gegensätzen gehört zu den Kennzeichen des bayerischen Wesens – leben und leben lassen – wie auch der bayerischen Politik. Ihn zum Wohle und Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger zu finden und zu bewahren ist unsere Aufgabe auf allen Seiten des Hauses, sowohl in der Regierungsfraktion als auch in der Opposition.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Die erste Sitzung eines neugewählten Parlaments ist von Hoffnung und Zuversicht geprägt. Das gilt im besonderen für den Beginn dieser Legislaturperiode des Bayerischen Landtags. Sie fällt in eine politisch und historisch bedeutsame Zeit. Die Vollendung der deutschen Einheit in Freiheit bewegt die Menschen in unserem Land. Sie wird auch die Landesparlamente vor neue Herausforderungen stellen. Die Bewahrung und Stärkung der föderativen Staatsordnung ist in einer Zeit des Wandels eine dauernde Aufgabe.

In den mehr als 40 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Föderalismus bewährt. Von den Ländern sind immer wieder neue Impulse für das Ganze ausgegangen. Der Freistaat Bayern und insbesondere auch der Bayerische Landtag haben an vorderster Front ihren Beitrag dazu geleistet und sich als Hüter der föderativen Prinzipien unserer Verfassung verstanden. Wir sind uns darin einig, daß der Föderalismus auch die künftige Ordnung einer Politischen Union Europas sein muß. Bayern

darf nicht zu einer bloßen Verwaltungsprovinz werden.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Wir kämpfen dafür, daß die Länder und ihre Parlamente auch im größeren Europa einen eigenen politischen Gestaltungsspielraum behalten.

Dieser Bayerische Landtag ist von den Wählern beauftragt, die Belange Bayerns und seiner Bürger wahrzunehmen und die anstehenden Probleme entschlossen und kompetent anzupacken. Die Erwartungen an uns Abgeordnete sind hoch. Wir sollen unsere traditionellen parlamentarischen Aufgaben erfüllen, Anwälte der Bürger sein, das übergeordnete Ganze im Auge haben und Zukunftsperspektiven entwickeln. Dieser umfassende Dienst erfordert unsere ganze Kraft. Wie sehr und wie erfolgreich wir uns einsetzen, daran werden wir gemessen werden. Die Qualität unserer Arbeit entscheidet auch darüber, inwieweit sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Parlament identifizieren können, und davon hängen letztlich entscheidend Autorität und Ansehen der bayerischen Volksvertretung ab. Beides zu stärken und zu festigen liegt an uns allen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns in diesem Sinne unsere Arbeit beginnen. Dem 12. Bayerischen Landtag wünsche ich eine erfolgreiche Tätigkeit zum Wohle Bayerns und seiner Bürger.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich lasse nun die Namen der gewählten Abgeordneten aufrufen und bitte die Kolleginnen und Kollegen, jeweils mit einem deutlichen Ja auf ihren Namensaufruf zu antworten.

Ich darf die Schriftführerin zu meiner Rechten bitten, am Rednerpult mit dem Aufruf der Namen der Abgeordneten zu beginnen.

(Namensaufruf)

Alterspräsident Feneberg: Ich danke der Schriftführerin und stelle fest, daß von den 204 Mitgliedern des Landtags 201 Abgeordnete anwesend sind. Damit darf ich die Beschlußfähigkeit des Hohen Hauses feststellen.

Meine Damen und Herren! Als ersten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

Genehmigung der Tagesordnung

Wird zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Wer mit dieser Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2:

Vorläufige Übernahme der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag in der letzten Fassung

Nach Artikel 20 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung gibt sich der Landtag eine Geschäftsordnung. Nach ständiger Übung hat der Bayerische Landtag in sei-

(Alterspräsident Feneberg [CSU])

ner konstituierenden Sitzung stets darüber Beschluß gefaßt, die bisherige Geschäftsordnung wenigstens vorläufig zu übernehmen.

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat acht Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung eingebracht. Ich verweise auf die Drucksachen Nr. 12/1 bis 12/8. Diese Anträge haben zum Ziel, die Geschäftsordnung so zu ändern, daß

- jede Fraktion eine Vizepräsidentin bzw. einen Vizepräsidenten erhält,
- das d'Hondtsche Verfahren durch das Verfahren nach Hare-Niemeyer ersetzt wird,
- ein 13. Ausschuß „Frauenpolitik“ und ein 14. Ausschuß „Militär- und Rüstungskonversion“ gebildet werden,
- die nach § 21 Absatz 4 vorgesehene parlamentarische Kontrollkommission abgeschafft wird,
- jede Fraktion bzw. Gruppe von Abgeordneten in allen Ausschüssen mindestens einen Sitz erhält,
- eine Anhörung im Ausschuß auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder möglich wäre und die antragstellende Minderheit mindestens 50 Prozent der anzuhörenden Sachverständigen bestimmen darf,
- der Text der Geschäftsordnung auf geschlechtsspezifische Formulierungen überprüft und entsprechend neu gefaßt wird.

Von seiten der Fraktion der SPD wird auf Drucksache 12/9 zu § 21 Absatz 2 beantragt, einen 13. Ausschuß „Gleichstellungsfragen“ und einen 14. Ausschuß „Sport“ einzurichten.

Die FDP beantragt eine Neufassung des § 6 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung. Ich verweise auf Drucksache 12/10.

Werden diese Anträge kurz begründet? – Für die Fraktion DIE GRÜNEN Frau Kollegin Scheel. Sie haben das Wort.

Frau **Scheel** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Bevor ich unsere Geschäftsordnungsanträge kurz begründe, möchte ich für die Fraktion DIE GRÜNEN den Dank an alle aussprechen, die uns wieder einen so schönen Empfang hier im Hohen Hause beschert haben.

(Beifall der Frau Abg. Paulig)

Es freut mich im Blick auf die Reaktion der CSU, wenn der Alterspräsident vorträgt, daß die Fraktion DIE GRÜNEN acht Geschäftsordnungsanträge eingereicht hat. Ich habe sichtlich Freude gesprüht und hoffe, daß sich dies dann auch in der Abstimmung niederschlagen wird.

Nun zur Begründung unserer Anträge. Vier erlebte Jahre im Bayerischen Landtag bedeuten vor allem für uns GRÜNE vier Jahre Konfrontation mit einem Demokratieverständnis einer mehrheitsgewohnten CSU, der es, so wie wir dies gesehen haben, nicht darum ging, eine wirkliche Gleichbehandlung aller im Land-

tag vertretenen Fraktionen zu leben und auch zu vollziehen. Aufgrund der Interessenkollision, die bei der Aktion Einheit und durch die Personalunion zwischen der Regierungspartei und dem jeweiligen Ministerium bestand, muß die Opposition in ihren Kontrollrechten gestärkt werden. Uns ist es sehr wichtig, diese Rechte und damit den Minderheitenschutz zu stärken, denn wir sind der Meinung, daß das bayerische Parlament stärker demokratisiert werden muß. Aus diesem Grunde haben wir diese Anträge eingereicht.

Einmal handelt es sich um den Antrag, den Text der Geschäftsordnung des Landtags global endlich auf geschlechtsspezifische Formulierungen hin zu überprüfen. Jede und jeder, der die Geschäftsordnung durchschaut, wird feststellen, daß es – um nur ein Beispiel zu nennen – nur einen Präsidenten gibt, aber keine Präsidentin. Sprache schafft Bewußtsein. Das hat teilweise auch die CSU in den vergangenen vier Jahren immer wieder betont.

Hieraus ergibt sich als selbstverständliches weiteres Ziel der Änderung der Geschäftsordnung, einen Frauenausschuß einzusetzen. Trotz der verfassungsrechtlichen Garantie der Gleichberechtigung in Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz seit langem ist die Gleichberechtigung noch lange nicht faktisch vollzogen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Um diesem Ziel in Bayern näherzukommen, bedarf es neben einer allgemeinen Bewußtseinsänderung und eines daraus natürlich resultierenden folgerichtigen Verhaltens des gezielten staatlichen Handelns auf allen Ebenen. Hierzu gehört auch ein solcher Ausschuß. Denn es ist der Landtag selbst eine der Ebenen, die über die Einrichtung eines Frauenausschusses ein Gremium schaffen kann, das alle im Bayerischen Landtag behandelten politischen Belange auf frauenspezifische Komponenten hin noch einmal untersuchen und frauenpolitisch inhaltlich aufbereiten kann.

Als nächstes fordern wir zur Demokratisierung und Gleichberechtigung bzw. Herstellung von Chancengleichheit für die Opposition eine Änderung des § 39 Absatz 1. In diesem § 39 wird geregelt, wie Anhörungen vorzunehmen sind. Wir haben in den letzten vier Jahren erleben müssen, daß sehr viele sachspezifische Anhörungen, die von der Fraktion DIE GRÜNEN verlangt wurden, mit einfacher Mehrheit der CSU abgelehnt worden sind. Ich denke nur an die Anhörung zum Trinkwasser, die hier im Landtag hätte stattfinden sollen, die Herr Stoiber jetzt draußen nachgeholt hat.

Wir sind der Meinung, daß sich das Parlament insgesamt mit diesen sehr wesentlichen Fragen befassen sollte und daß dabei nicht wie bisher einfache Mehrheit ausreichend sein sollte. Wir haben uns überlegt, es so zu machen wie bei der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Dort ist gesetzlich geregelt, daß ein Fünftel aller im Landtag vertretenen Fraktionen und Fraktionärinnen ausreichen.

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

(Lachen bei der CSU und Zuruf:
„Fraktionäre und Fraktionärinnen“ hatten
wir bisher nicht!)

– Sie lachen, Herr Leeb, ich habe Verständnis dafür. Aber ein Fünftel der Parlamentarier und Parlamentarierinnen müßte ausreichen, wobei 50 Prozent der anzuhörenden Sachverständigen von der die Anhörung beantragenden Minderheit zu bestimmen wären. Es geht im Bundestag auch, warum soll es in Bayern nicht möglich sein?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiter zum Grundverständnis einer repräsentativen Demokratie: Sie beruht auf drei Säulen, und diese muß die CSU zur Kenntnis nehmen, wie sie eben faktisch sind. Wir haben Mehrheitsentscheidung, wir haben Minderheitenschutz und Gewaltenteilung, und wir sind für die Kontrolle der Gewalten da.

(Frau Abg. Paulig: Wir sollten sie haben!)

– Wir sollten sie haben, ja. Diese Aufgabe bedingt eine Beteiligung aller Fraktionen an allen Entscheidungen, die vom Landtag getroffen werden, besonders auch an der Arbeit der Ausschüsse.

Die Parteien genießen verfassungsrechtlichen Status und repräsentieren ihre Wähler und Wählerinnen. Wesentliche Entscheidungen werden in den Ausschüssen getroffen, die Entscheidungen des Parlaments werden in den Ausschüssen jeweils vorbereitet. In Bayern gilt bei der Besetzung das d'Hondtsche Verfahren. Dieses hat mit Demokratie und Widerspiegelung des Wählerwillens sehr wenig zu tun. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben: Die CSU wurde mit 54,9 Prozent in Bayern gewählt, kommt aber, weil wir das d'Hondtsche Verfahren wie bislang zugrunde legen, auf 127 Sitze. Bei dem anderen Verfahren hätte beispielsweise die FDP, ohne daß ich sie groß verteidigen möchte, aber ich mache es in dem Fall gerne, fünf Sitze mehr, die CSU bayernweit sechs Sitze weniger, die GRÜNEN einen Gewinn von zwei Sitzen. Die SPD hätte allerdings leider auch einen Verlust von einem Sitz in diesem Fall. Ich denke und rede einmal insgesamt für die Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der
CSU – Abg. Grünbeck: Jetzt haben Sie sich
verrechnet!)

Das darf man hier doch auch einmal sagen. An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Zusammensetzung dieses Hauses den Wähler- und Wählerinnenwillen nicht widerspiegelt. Deswegen möchten wir ganz gern, daß das Verfahren Hare-Niemeyer insgesamt angewandt wird.

Demokratisches Denken betrifft auch die Zusammensetzung des Präsidiums. Bislang hatten wir einen Präsidenten, wir hatten einen Ersten und Zweiten Vizepräsidenten, wir hatten sechs Schriftführer und Schriftführerinnen, und neu haben wir nun auch einen Schriftführersitz für die FDP. Wir sind der Meinung, daß jede der im Landtag vertretenen Fraktionen ei-

nen Anspruch auf einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin haben sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Mitverantwortung tragen, und zwar nicht nur pro forma. Wir nehmen die Parlamentsarbeit sehr ernst, und wir erwarten, in alle Gremien auch entsprechend eingebunden zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns an der Geschäftsordnung überhaupt nicht paßt, um es mal flapsig zu sagen, ist § 21 Absatz 4. Nach dieser Bestimmung beruft der Landtag eine Parlamentarische Kontrollkommission, die sogenannte PKK, und diese Kommission ist für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes gemäß Artikel 18 ff. des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes zuständig. Grundsätzlich und langfristig gesehen gilt für uns natürlich, daß der Verfassungsschutz und andere Regelungen abgeschafft werden müssen, um das einmal zu bemerken; dazu haben wir in der letzten Legislaturperiode einiges gesagt. Aber solange der Verfassungsschutz in der jetzigen Form existiert, muß eine wirksame und effektive Kontrolle dieser Behörde durch das Parlament sichergestellt werden. Eine wirksame Kontrolle bedeutet, daß diese Kommission z. B. auch die Möglichkeit haben müßte, den Umfang und Inhalt der zu erteilenden Informationen zu bestimmen, daß Akteneinsicht gewährt werden müßte, daß eine Kontrollkommission auch Konsequenzen aus ihrer Kontrolltätigkeit ziehen können müßte usw. Ich denke, daß wir dies in den Ausschußberatungen weiter vertiefen werden. Damit, wie es jetzt in der Geschäftsordnung verankert ist, sind wir auf keinen Fall einverstanden. Wir fordern, bis alles geklärt ist, was hier zu klären ist, eine Streichung des § 21 Absatz 4.

Nun zu unserem letzten Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung. Wir fordern einen weiteren, einen 14. Ausschuß. Wir haben gedacht, ein Frauenausschuß mit Nummer 13 macht sich ganz gut,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und als 14. Ausschuß verlangen wir einen Ausschuß für Militär- und Rüstungskonversion. Dies hat, um es ganz kurz anzureißen, drei verschiedene Gründe:

Ein Grund sind die freiwerdenden Flächen, die wir in Bayern jetzt haben. Hier müssen wir uns überlegen, inwieweit ein ökologischer Land- und Bodennutzungsfonds sinnvoll ist, den Herr Streibl ja mit seiner Flächenverwaltungsgesellschaft, die parallel zur Industrieverwaltungsgesellschaft zu sehen ist, geschaffen hat. Unsere Idee ist eine andere. Wir wollen kein undemokratisches Gremium, sondern wir wollen uns ganz gern in diesem Parlament als Abgeordnete einbringen.

Das zweite ist die soziale Konversion. Es geht um die Zivilangestellten und Zulieferer, es geht um die Arbeitsplätze, um die Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Kommunen.

Das dritte ist die Umwandlung der Rüstungsproduktion in Zivilproduktion im Hinblick auf einen sozial-

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

ökologischen Umbau. Als Beispiel verweise ich auf Krauss-Maffei. Dort wurde der Rüstungsanteil von 1985 bis 1990 von 86 auf 48 Prozent reduziert, es ist ein florierendes Unternehmen. So sollten wir weitermachen. Wir hoffen, daß bald Produktion von Rüstung in Bayern nicht mehr möglich ist, daß wir weltweit zu einem friedlichen Miteinander kommen. Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Alterspräsident Feneberg: Für die Fraktion der FDP begründet Herr Abgeordneter Grünbeck. Sie haben das Wort.

Grünbeck (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP beantragt zur Geschäftsordnung:

§ 6 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag wird wie folgt geändert:

Fraktionen sind Vereinigungen von Abgeordneten einer Partei, welche bei der vorausgegangenen Landtagswahl mindestens fünf Prozent der Gesamtstimmzahl im Land und mindestens fünf Sitze im Bayerischen Landtag erhalten haben.

Ich möchte diesen Antrag für die FDP wie folgt begründen:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am 14. Oktober spielte sich bei unserer bayerischen Landtagswahl ein Wahlikrimi ab, der in ganz Deutschland beobachtet werden konnte. Ich darf im Namen meiner Freunde allen Parteien dieses Hohen Hauses, aber auch allen Kolleginnen und Kollegen persönlich zu ihrem Wahlerfolg gratulieren. Unabhängig von allen anderen Aspekten hat dieses Wahlergebnis in der ganzen Bundesrepublik ein positives Echo gefunden, weil Liberale in den Bayerischen Landtag eingezogen und weil andere politische Kräfte draußen geblieben sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich muß aber sagen, daß zu meiner Überraschung unsere Fernsehstudios offensichtlich unser bayerisches Wahlgesetz nicht gekannt haben, denn in der Phase, in der es 5,2 oder 5,3 Prozent für die FDP hieß, waren noch immer zehn bis elf Mandate in den Fernsehprogrammen angesagt.

(Abg. Alois Glück: Herr Kollege, wir sind bei der Geschäftsordnung!)

– Ja, ich begründe, Herr Glück, Sie werden mit mir noch ein bißchen Geduld haben müssen.

(Unruhe und Zurufe von der CSU)

Es mußte der Wähler sich benachteiligt fühlen, weil seine Stimme, wie die Kollegin zu Recht vorgetragen hat, wenn er FDP gewählt hat, im Grunde genommen nur das halbe Mandat gegenüber Ihren Wählern eingefahren hat. Auch an den 5,2 Prozent und sieben Mandaten der FDP gegenüber 6,4 Prozent und zwölf Mandaten einer anderen Partei zeigt sich eigentlich

deutlich, wie unschön im Grunde genommen das Ganze ist, wie der Wählerwille hier nicht vollzogen wird. Wir sollten vor dem Wähler Respekt haben. Es wäre ein Stück liberales Bayern und ein Stück politischer Kultur, wenn Sie diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmen. Ich erhoffe dies von allen Fraktionen dieses Hohen Hauses. Es wäre ein guter Auftakt für ein qualifiziertes Parlament, das der Bayerische Landtag immer war und als das er von mir in hohem Maße respektiert wird. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Alterspräsident Feneberg: Für die Fraktion der SPD begründet Herr Abgeordneter Hiersemann.

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bayerische Landtag gehört, wir haben dies hier oft genug beklagt, was die Ausstattung mit Minderheitenrechten angeht, zu den düftigsten Parlamenten in der Bundesrepublik Deutschland. Dies betrifft nicht nur die Geschäftsordnung, sondern dies betrifft genauso das Gesetz über die Untersuchungsausschüsse, und es zieht sich hin bis zur Wahl der Richter des Verfassungsgerichtshofs.

Alle diese Regelungen, seien es nun die des innerparlamentarischen Betriebs, sei es die Wahl von Richtern, sind in einem weder sinnvollen noch notwendigen Maß auf die Mehrheit des Hauses zugeschnitten. Darüber haben wir schon oft diskutiert, und dabei halten Sie ein Parlamentsverständnis hoch, das der heutigen Situation nicht angemessen ist und ihr nicht mehr entspricht. Eine solche Geschäftsordnung wäre nur dann zutreffend, wenn der gesamte Landtag die Bayerische Staatsregierung kontrollierte. Dieses Parlamentsverständnis ist aber antiquiert, denn in der Praxis hat es sich – und das ist wohl inzwischen in allen Parlamenten so – dahingehend entwickelt, auch wenn in Schleswig-Holstein unter Björn Engholm mittlerweile eine erfreuliche Neuerung geschaffen wurde, daß die Regierungsfraktion die Regierung stützt und verteidigt und die Kontrolle der Regierung einzig und allein der Opposition obliegt. Dies kann nur sinnvoll funktionieren, wenn die Minderheitenrechte besser als bisher ausgestattet werden.

Ich bedauere nach wie vor, daß alle Vorstöße der Opposition in der letzten Legislaturperiode und den Perioden vorher, diese Minderheitenrechte zu verbessern, weitgehend gescheitert sind. Deshalb wird die SPD den Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN, soweit sie eine Verbesserung der Minderheitenrechte darstellen, nach Diskussion im Geschäftsausschuß zustimmen, weil dies Positionen sind, die wir, soweit ich mich zurückerinnern kann, in diesem Hause schon immer vertreten haben.

Wir werden dem Antrag der FDP, für sie Fraktionsstatus zu schaffen, zustimmen,

(Beifall des Abg. Grünbeck)

weil wir der Meinung sind, daß eine Partei, die mit mehr als fünf Prozent in dieses Haus einzieht, Fraktionsstatus besitzen muß.

(Hiersemann [SPD])

Eine Bemerkung, Herr Kollege Glück, sei mir aber schon gestattet: Anscheinend ist es für die CSU keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage, mit wem man gerade in Bonn koalitiert. Ich erinnere nur an das Drama, als die FDP das letzte Mal diesem Haus angehörte, und den monatelangen, vielleicht sogar jahrelangen Grabenkrieg, in dem die FDP den Fraktionsstatus erkämpfen wollte. Damals wollten Sie nicht, weil die FDP seinerzeit zufälligerweise einmal mit uns in Bonn in der Koalition war.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Nun zu den Ausschüssen. Wir werden dem Antrag auf Einsetzung eines Frauenausschusses zustimmen, da wir mit dem Antrag auf Bildung eines Gleichstellungsausschusses einen gleichgerichteten Antrag eingebracht haben.

Wir haben einen Antrag eingebracht, in diesem Hause endlich einen Sportausschuß einzurichten, weil die Belange des Sports im Kulturpolitischen Ausschuß ständig unter die Räder kommen. Dieser Ausschuß hat so viel Arbeit, daß er sich nicht um alles kümmern kann.

Wir werden auch, sofern die GRÜNEN ihren Antrag aufrechterhalten, der Bildung eines Ausschusses zur Rüstungskonversion zustimmen. Allerdings bitten wir zu überlegen, ob für diesen Zweck nicht besser das Instrument einer Enquête-Kommission geeignet wäre. All dies können wir aber im Geschäftsordnungsausschuß diskutieren. Genauso wie die GRÜNEN beklagen wir, daß die Staatsregierung in der vergangenen Legislaturperiode keinerlei Konzepte zur Rüstungskonversion im Produktionsbereich und regionalen Bereich vorgelegt hat. Da wir wissen, daß viele Menschen um ihre Arbeitsplätze Angst haben und sich diese Entwicklung in der sicherheitspolitischen Diskussion der nächsten Jahre verstärken wird, müssen hier Konzepte erarbeitet werden. Wir denken, daß eine Enquête-Kommission hierfür das geeignete Instrument wäre.

Und nun zu dem einzigen Antrag der GRÜNEN, der heute beschlossen werden muß, wenn ich richtig sehe. Dabei handelt es sich um den Antrag, der das Präsidium angeht. Ich denke, daß es heute nicht erforderlich ist, über die Frage d'Hondt oder Hare-Niemeyer zu entscheiden, weil die FDP ohnehin, sofern sie Fraktionsstatus erhält, einen Sitz im Präsidium bekommt. Deshalb kann man die Frage im Geschäftsordnungsausschuß an Hand des Gesamtantrags der GRÜNEN diskutieren.

Der Forderung, für alle Fraktionen einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin zu schaffen, können wir uns nicht anschließen, denn die Frage, wie viele Vizepräsidenten ein Haus hat, entscheidet die Funktionalität. Entscheidend ist also die Frage, wie viele man zur Aufrechterhaltung eines ordentlichen Parlamentsbetriebs nach innen und außen braucht. Die Regelung mit zwei Vizepräsidenten hat sich zweifellos bewährt, und die Frage, wer die beiden Vizepräsidentenposten besetzt, ist keine Frage des Minderheitenschutzes, sondern eine Frage des Wahlergeb-

nisses. Anders läge der Fall, wenn die kleineren Fraktionen im Präsidium nicht vertreten wären. Da sind sie aber vertreten, und deswegen ist der Minderheitenschutz gewährleistet. Aus diesem Grund werden wir diesen Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Alterspräsident Feneberg: Für die Fraktion der CSU hat der Herr Abgeordnete Glück das Wort.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Scheel, Sie meinten unser Demokratieverständnis bemühen zu müssen. Die Demokratie ist aber nicht erst von den GRÜNEN erfunden worden, und viele Beobachter in unserem Lande, nicht nur wir, beobachten gerade bei der Partei der GRÜNEN sehr häufig ein sehr wechselhaftes Verhältnis zur Demokratie.

(Starker Beifall bei der CSU)

Es steht Ihnen nicht zu, Demokratie nach Ihrem Belieben und Ihrem jeweiligen parteipolitischen Nutzen zu interpretieren. Genausowenig steht Ihnen zu, das Demokratieverständnis anderer zu diskriminieren.

(Beifall bei der CSU)

Im übrigen können das Wahlergebnis und der Wählerauftrag der Bürger, Herr Kollege Hiersemann, bei allem notwendigen Minderheitenschutz, der in der Demokratie selbstverständlich ist, nicht durch Minderheitenregelungen im Parlament umfunktioniert werden,

(Starker Beifall bei der CSU)

die letztlich den Wählerauftrag konterkarieren.

Die CSU-Fraktion hat in der vorhergehenden und in den früheren Legislaturperioden sehr deutlich bewiesen, daß sie ihre Doppelrolle sehr wirksam wahrnimmt, einerseits natürlich die Rolle einer Regierungspartei, die Sie zutreffend beschrieben haben, andererseits aber auch die Kontrolle der Staatsregierung,

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

und zwar auch in den Sitzungen der Fraktion, wie manche Vorgänge in den letzten Wochen bewiesen haben, wenngleich dies nicht so wirksam nach außen wie im Plenum oder in den Ausschüssen stattfindet.

Im übrigen ist es wohl sinnvoll, die Einzelfragen der Geschäftsordnung – da stimme ich Herrn Kollegen Hiersemann zu – im Geschäftsordnungsausschuß zu beraten. Dann werden wir unser Votum im einzelnen abgeben, weshalb ich es mir erspare, das jetzt in der Plenarsitzung zu zelebrieren.

Das gilt auch für die Rüstungskonversion, die wir erst vor wenigen Wochen im Zwischenausschuß diskutiert haben. Lassen Sie mich dazu eine Anmerkung machen:

Mit der Begründung Ihres Antrags begründen Sie auch ein Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis, das dem Staat jede Rolle zuschreibt und das mit der

(Glück Alois [CSU])

Sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar ist, denn es ist in erster Linie Aufgabe der Betriebe, Umstrukturierungsmaßnahmen wahrzunehmen. Allenfalls ist es Sache des Staates, dies zu unterstützen, aber es ist nicht seine Aufgabe, dies seinerseits leitend zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Zur Wahl der Vizepräsidenten. Die Präsidenten und das Präsidium haben eine zweifache Funktion, zum einen die von Kollegen Hiersemann beschriebene Aufgabe der Leitung der Sitzungen und die Leitung des Hauses. Dazu ist eine Vergrößerung des Präsidiums bzw. der Zahl der Präsidenten nicht notwendig. Zum anderen geht es um die Außenvertretung des Parlaments. Ich weiß nicht, ob derselbe Antrag gestellt worden wäre, wenn das Parlament so besetzt wäre, wie es in der Wahlnacht gegen 22 Uhr aussah.

Was will ich damit sagen? Wir können nicht einen Freifahrtschein dafür ausstellen, daß jede politische Gruppierung im Hause auch die Legitimation bekommt, über das Amt des Präsidenten das gesamte Haus zu repräsentieren,

(Beifall)

denn das ist ja mit diesen Funktionen verbunden. Hier haben wir sehr wohl zu differenzieren. Ich brauche das gar nicht näher zu begründen.

Wir unterstützen den Antrag der FDP, dessen Formulierung, das ist ja kein Geheimnis, interfraktionell beraten worden ist. Herr Hiersemann, erlauben Sie mir aber dabei den Hinweis: Das ist keine Frage der Beliebtheit. 1968 haben CSU und SPD gemeinsam vor dem Hintergrund einer ganz bestimmten politischen Konstellation in Bayern die Fraktionsstärke von fünf auf zehn erhöht. Hier muß man sicher immer wieder abwägen. Wir haben uns dafür entschieden, daß Parteien, die ein Mandat im Landtag erhalten, dann auch die vollen Entfaltungsmöglichkeiten erhalten sollen. Mit der vorgeschlagenen Formulierung, die unsere Zustimmung findet, gilt das selbstverständlich für alle Parteien, also auch für andere Konstellationen.

Es ist auch durchaus sinnvoll, den Wählerwillen insofern zu respektieren, auch wenn andere Gruppierungen hereinkommen sollten, die wir uns alle miteinander in diesem Parlament weniger wünschen. Gleichwohl ist das Ausdrück des Wählerwillens. Deshalb stimmen wir dieser Formulierung zu.

(Beifall bei CSU und FDP)

Alterspräsident Feneberg: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Sitzung des Ältestenrats und eine Fraktionssitzung darf ich vorschlagen, daß wir die Änderungsanträge an den Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung überweisen und lediglich über die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/1 und der FDP auf Drucksache 12/10 sofort abstimmen. Besteht mit meinem Vorschlag Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. So beschlossen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 12/1 abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist damit abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag der FDP auf Drucksache 12/10 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei drei Stimmenthaltungen ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Übernahme der Geschäftsordnung. Wer mit der Übernahme der Geschäftsordnung unter Maßgabe der soeben beschlossenen Änderungen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit so beschlossen.

Ich darf feststellen, daß die vorläufige Übernahme der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag mit einer Änderung beschlossen ist.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Wahl des Präsidenten

Für die Wahl des Präsidenten gelten die Vorschriften des IX. Abschnitts der Geschäftsordnung gemäß §§ 46 und 47. Ich darf § 46 wegen seiner Bedeutung für die Wahl auszugsweise zitieren. In § 46, Wahlen in der Vollversammlung, heißt es u. a.:

(1) Die Wahl findet geheim statt. Für die Geheimhaltung ist durch Bereitstellung amtlicher Stimmzettel Sorge zu tragen. Die Stimmzettel sind in einem amtlichen Briefumschlag im Beisein des Stimmberechtigten vom Schriftführer in eine Urne zu legen. Zur Abgabe des Stimmzettels werden die Abgeordneten mit Namen aufgerufen.

(2) Wahlvorschläge können von jedem wahlberechtigten Abgeordneten gemacht werden.

(3) Die Vollversammlung kann von geheimer Wahl Abstand nehmen, es sei denn, ein Drittel der Mitglieder widerspricht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mitglieder dieses Landtags sind im Besitz amtlicher Stimmzettel. Die Stimmzettel sind in den dafür vorgesehenen Taschen enthalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf um Vorschläge für die Wahl des Präsidenten des Bayerischen Landtags bitten.

Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der CSU, Herr Abgeordneter Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der CSU-Fraktion schlage ich Ihnen für das Amt des Landtagspräsidenten den Kollegen Dr. Wilhelm Vorndran vor.

(Beifall bei der CSU)

Alterspräsident Feneberg: Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

(Glück Alois [CSU])

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur Wahl. Ich bitte festzuhalten, daß die Wahlurne leer ist.

Ich bitte die Namen der Damen und Herren Abgeordneten einzeln aufzurufen. Ich bitte die Stimmzettel erst dann einzuwerfen, wenn der Namensaufruf erfolgt ist.

(Namensaufruf)

Das Alphabet wird ein mal wiederholt. –

Meine Damen und Herren! Die Abstimmung ist geschlossen. Die Sitzung wird bis zur Feststellung des Wahlergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 10 Uhr
12 Minuten bis 10 Uhr 23 Minuten)

Alterspräsident Feneberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sitzung wird wiederaufgenommen. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Abgegeben wurden insgesamt 199 Stimmen. Herr Staatssekretär Dr. Vorndran hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Auf den Abgeordneten Dr. Vorndran entfielen 160 Stimmen.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten
der SPD und der FDP)

Die restlichen Stimmzettel waren entweder ungültig, Stimmenthaltungen oder in anderer Weise nicht verwertbar.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Damit ist zum Präsidenten des Bayerischen Landtags der Herr Abgeordnete Dr. Vorndran gewählt.

Ich darf Herrn Abgeordneten Dr. Vorndran fragen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Vorndran (CSU): Ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten
der SPD und der FDP)

Alterspräsident Feneberg: Ich darf Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, recht herzlich gratulieren und wünsche Ihnen für Ihr verantwortungsvolles Amt für die Zukunft viel Erfolg.

Ich darf Sie, Herr Präsident, bitten, den Vorsitz dieses Landtags zu übernehmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Vorndran: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zunächst ein Wort des Dankes. Er gilt meiner Fraktion für den Vorschlag, und er gilt allen Abgeordneten für das hohe Maß an Vertrauen, das Sie mir heute entgegengebracht haben.

Ich verspreche, mich nach Kräften zu bemühen, den mir gewährten Vorschub an Wohlwollen zu rechtfertigen. Es ist für mich eine große Freude, aber auch eine tiefe Verpflichtung, Präsident des ältesten und

traditionsreichsten deutschen Parlaments sein zu dürfen. Ich trete mein Amt mit dem festen Vorsatz an, dem Wohle Bayerns zu dienen, die Rechte des Parlamentes zu wahren und sein Ansehen zu stärken.

Selbstverständlich kann ein Präsident seine politische Herkunft nicht völlig verdrängen. Auch er ist für seine Partei von den Wählern als Volksvertreter entsandt worden. Aber es wird mein Bestreben sein, unparteiisch und gerecht und mit der nötigen Offenheit nach allen Seiten ein Präsident aller zu sein. Ich bitte die Mitglieder dieses Hohen Hauses, mich dabei konstruktiv zu unterstützen. Ich meinerseits bin bereit, sachlich und fair mit allen parlamentarischen Gremien zusammenzuarbeiten.

Ebenso liegt mir an einer guten Zusammenarbeit mit dem Senat als der Zweiten Kammer des Bayerischen Parlaments. Ich werde mich dafür einsetzen, daß das bisherige gedeihliche Miteinander und das gutnachbarliche Verhältnis zwischen Landtag und Senat im Interesse beider Seiten auch in Zukunft intensiv gepflegt wird.

Alle Mitglieder des Hohen Hauses können sicher sein, daß ich Vorschlägen, die der Verbesserung der Arbeitsfähigkeit des Landtags dienen, mit größter Aufgeschlossenheit gegenüberstehe. Ich halte es für eine ebenso notwendige wie ständige Aufgabe der Volksvertretung, Überlegungen anzustellen, wie die parlamentarische Arbeit noch effektiver und lebhafter gestaltet werden kann. Die Änderungen der Geschäftsordnung am Ende der letzten Legislaturperiode waren ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Jeder Freiraum, den wir gewinnen, schafft uns selbst mehr Platz für die sinnvolle Konzentration auf das Wesentliche. Die Bilanz des letzten Landtags wies in vielen Arbeitsbereichen des Parlaments gestiegene Zahlen auf. Ich meine, wir sollten nicht den Ehrgeiz haben, wiederum neue Rekorde aufzustellen.

(Beifall)

Im Vordergrund unserer parlamentarischen Tätigkeit darf nicht vermehrte Quantität stehen, sondern die stetige Verbesserung der Qualität. Wir müssen uns immer wieder von neuem bemühen, die parlamentarischen Prozesse der breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen, in der Sache wie in der Sprache, und unsere Arbeit transparent und bürgernah gestalten.

Ich bin überzeugt: Von der Art unserer Selbstdarstellung hängen entscheidend die Aufmerksamkeit und das Ansehen ab, die der Landtag in den Medien und bei den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns hat. Die diesmal spürbar gesunkene Wahlbeteiligung sollte für uns ein Signal sein, uns gemeinsam parteiübergreifend Gedanken zu machen, wie durch die parlamentarische Praxis Gleichgültigkeit, Verdrossenheit und Unverständnis abgebaut werden können. Dann werden wir auch die Wähler wieder besser motivieren und mobilisieren können. Ich werde meinen eigenen Beitrag dazu leisten.

Noch eines hat das Wahlergebnis hier gezeigt: Wir dürfen nicht nachlassen in der gedanklichen und politischen Auseinandersetzung mit extremistischen

(Präsident Dr. Vorndran)

Strömungen, damit radikale Kräfte auch künftig in einem demokratischen Parlament Bayerns keine Chance haben.

(Beifall bei CSU, SPD und FDP)

Einen herzlichen Dank sage ich auch unserem Alterspräsidenten, Herrn Kollegen Josef Feneberg, für die Eröffnung dieser Sitzung, für seine grundsätzlichen Bemerkungen, für die Leitung des Wahlgangs und auch für die freundlichen Wünsche, die er mir mit auf den Weg gegeben hat.

(Allgemeiner Beifall)

Ein ganz besonderes Wort des Dankes richte ich an meinen Vorgänger, Herrn Dr. Franz Heubl. Der Bayerische Landtag verliert mit ihm seinen dienstältesten Abgeordneten, der 37 Jahre diesem Hohen Haus angehörte und damit wohl auch das dienstälteste Mitglied eines Landesparlaments in Deutschland war.

(Allgemeiner Beifall)

Als Ausschußvorsitzender und an der Spitze der CSU-Fraktion, als langjähriges Kabinettsmitglied und zuletzt als Präsident zählte er zu den herausragenden Persönlichkeiten in unserer Mitte.

Mit Noblesse in Rhetorik und Auftreten und mit bayerisch kultiviertem Stil hat er Autorität und Ansehen des ganzen Parlaments durch seine Person verkörpert.

(Allgemeiner Beifall)

Souverän in der Amtsführung, ist er mit großer Integrationskraft beharrlich für den demokratischen Grundkonsens in der bayerischen Volksvertretung eingetreten und hat sich aus innerer Überzeugung für den Föderalismus eingesetzt. Dr. Franz Heubl hat sich in die Annalen des Parlaments eingeschrieben und sich um Bayern verdient gemacht.

(Allgemeiner Beifall)

Unser aller Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die in der letzten Legislaturperiode aus dem Landtag ausgeschieden sind. Unser Dank gilt ihrem Einsatz in den Stimm- und Wahlkreisen und in diesem Hause. Mit besonderer Dankbarkeit erwähne ich den Alterspräsidenten der elften Legislaturperiode, Herrn Josef Heiler, und die ehemaligen Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, unsere Kollegen Dr. Hillermeier, Jaumann, Dr. Fischer, Otto Meyer und Dr. Klansen.

Unsere Arbeit in dieser Legislaturperiode kann auf guten Leistungen des vorigen Landtags aufbauen. Die Bilanz meines Vorgängers in der letzten Vollsitzung hat deutlich bewiesen: Wir treten die Nachfolge eines fleißigen und – das möchte ich auch ausdrücklich hinzufügen – eines erfolgreichen Landtags an. Die ehemaligen Abgeordneten hatten daran ihren ganz persönlichen Anteil. Mit ihnen fehlt uns jetzt ein Stück parlamentarischen Sachverstandes und Erfahrung. Unsere besten Wünsche begleiten die ehemaligen Kollegen auf ihrem künftigen Lebensweg. Erfreulicherweise setzt eine große Zahl von Kolleginnen

und Kollegen ihre parlamentarische Tätigkeit fort und garantiert die notwendige Kontinuität.

Sie und diejenigen, die zum ersten Mal Platz in diesem Hause genommen haben, heiße ich herzlich willkommen. Die Älteren bitte ich, den Jüngeren kollegiale Unterstützung zu gewähren und ihnen Vorbild zu sein. Ich hoffe, daß der in diesem Hause bewährte Dialog zwischen den Generationen, die Synthese zwischen Erfahrung und Erwartung, auch diesen Landtag bestimmen wird. Allen, den Wiedergewählten wie den Neuen, wünsche ich eine erfolgreiche Tätigkeit und innere Zufriedenheit in ihrem Mandat.

Meine Damen, meine Herren! Das Parlament ist der Ort, an dem die Grundfragen unserer staatlichen Ordnung ebenso zur Sprache kommen wie die Fülle der Alltagsprobleme der Bürger. Die Demokratie bietet dafür die Voraussetzung, denn sie ist die Staatsform, die der Pluralität am meisten Raum gibt. Aber sie verlangt auch die Fähigkeit, Konflikte vernünftig und vor allem gewaltlos zu lösen. Ich wünsche mir sehr, daß bei aller nötigen Unterschiedlichkeit der Meinungen, bei aller unvermeidlichen Schärfe der Gegensätze und bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung das bayerische Parlament auch in dieser Legislaturperiode das unerläßliche Maß der Gemeinsamkeit und des Grundkonsenses findet.

In der öffentlichen Meinung spiegeln sich Konfrontationen und Konflikte in der Regel überproportional wider. Das mag zum Gesetz der Medienwirksamkeit gehören. Aber der Eindruck, daß nur die kontroversen Auseinandersetzungen das Bild des Bayerischen Landtags bestimmen, ist ebenso falsch wie schädlich. Vieles wird in den Ausschüssen und im Plenum auch einvernehmlich diskutiert und entschieden, ohne daß dies so nach außen dringt, wie es eigentlich wünschenswert wäre. In diesem Zusammenhang bitte ich die Vertreter der Medien, auch das Bild des konstruktiv zusammenarbeitenden Parlaments im Interesse der Objektivität stärker als bisher in die Öffentlichkeit zu bringen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung als bisheriges Mitglied der Staatsregierung:

Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung ist in der Demokratie von einer natürlichen und notwendigen Spannung geprägt. Andererseits soll es aber auch vom Geist gegenseitiger Achtung getragen sein. Die Exekutive hat in der Verfassungswirklichkeit ein großes Gewicht und schon durch den Umfang des Apparats umfassende Wirkungsmöglichkeiten. Das ist aber kein Grund, daß das Parlament seinen Part im Wechselspiel der Kräfte nicht ebenso selbstbewußt wahrnimmt. Im Gegenteil. Regierungen gibt es in allen Staaten der Welt, und freigewählte Parlamente sind das essentielle Wesensmerkmal einer Demokratie.

Die Landesparlamente werden ein starkes Selbstbewußtsein brauchen, um die bevorstehenden Bewährungsproben bestehen und ihren historischen und

(Präsident Dr. Vorndran)

verfassungsmäßigen Stellenwert behaupten zu können. Ich bin seit über 30 Jahren Mitglied dieses Hohen Hauses und habe in dieser Zeit immer wieder Versuche miterlebt, zuerst von seiten des Bundes und dann Europas, die Kompetenzen der Landesparlamente auszuhöhlen und zu beschneiden. Ich werde mich in den nationalen und übernationalen Gremien nachdrücklich einsetzen, wenn es darum geht, unsere Positionen weiterhin zu wahren und womöglich noch auszubauen. Ich bitte Sie alle, mich darin zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren! Diese Legislaturperiode steht unter dem Vorzeichen zweier Ereignisse von historischer Bedeutung: der Vollendung der deutschen Einheit und der fortschreitenden Integration Europas. Beide Entwicklungen werden auch die Arbeit des Parlaments entscheidend beeinflussen.

Zugleich mit dem Bayerischen Landtag wurden die Volksvertreter der fünf Länder in der ehemaligen DDR neu bestimmt. Deutschland ist größer geworden. Unsere Aufgabe wird dadurch möglicherweise schwieriger, aber um so wichtiger. Wir sind aufgerufen, an der Einheit Deutschlands und an seiner föderalen Architektur im Rahmen unserer Möglichkeiten mitzuwirken. Die Zusammenarbeit Bayerns mit den neuen Ländern ist nicht nur die Aufgabe der Staatsregierung, sondern auch des Parlaments. Eine meiner ersten Amtshandlungen wird es sein, an den konstituierenden Sitzungen der Landtage von Sachsen und Thüringen in Dresden und Weimar teilzunehmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Ich empfinde es als eine ehrenvolle Aufgabe, unseren Kolleginnen und Kollegen die besondere Verbundenheit des Bayerischen Landtags auszudrücken und ihnen unsere weitere Unterstützung beim Neuaufbau demokratischer und föderativer Strukturen zuzusichern. Artikel 5 des Einigungsvertrags fordert die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes auf, sich mit Änderungen und Ergänzungen des Grundgesetzes zu befassen. Dies bedeutet für alle Landesparlamente erhöhte Aufmerksamkeit und Vorsicht, damit sich das föderale Gleichgewicht nicht erneut zugunsten des Bundes verschiebt. Ich hoffe auf die Unterstützung aller in diesem Hause, zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung, den Versuchen, die ausgewogene föderale Balance zu stören, entschieden zu begegnen.

Die überraschenden dramatischen Geschehnisse des letzten Jahres und das Gefühl, absolutes Neuland zu betreten, können gewiß Unsicherheit und Skepsis aufkommen lassen. Die Sorgen und Ängste verdienen auch Verständnis. Stärker aber als manche Bedenken sollte die Einsicht sein: Unser Staat hat eine Verfassung, die der Bundesrepublik Wohlstand und Sicherheit ermöglicht hat, und unser Staat ist in einer Verfassung, daß wir mit Mut und Zuversicht

an die bevorstehenden Herausforderungen herangehen können.

Gegenwärtig sind die Landesparlamente auch auf europäischer Ebene mit Weichenstellungen konfrontiert, die sie in ihrem Kern berühren. Einige der folgenreicheren Fragen lauten:

Wird das Europa der Zukunft föderalistische oder eher zentralistische Züge haben? Werden die deutschen Länder die Substanz ihrer Staatlichkeit wahren können? Werden sich auch die Landesparlamente ihre originären Kompetenzen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten sichern können?

Viele richtungweisende Entscheidungen – von Verfassungsfragen bis zu notwendigen Rechtsangleichungen – werden auf uns zukommen. Wir sollten dabei eines nicht übersehen: In Bewegung geratende Strukturen und Verlagerungen von Kompetenzen bergen nicht nur Risiken, sondern eröffnen auch neue Spielräume. Diese Chance müssen wir als Landesparlament zusammen mit der Staatsregierung und über Bayern hinaus in den Regionen und Ländern Europas entschlossen ergreifen, um unsere föderativen Mitwirkungsrechte auch in der Verfassungsstruktur Europas dauerhaft zu verankern. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß die Länder lange vor den Nationalstaaten entstanden sind. In ihnen entwickelte sich zuerst das Bewußtsein für Heimat und kulturelle Eigenart. Sie werden auch im künftigen geeinten Europa die Träger von Identität und Hoffnungszeichen sein.

Daher wird die Arbeit der bayerischen Volksvertretung auch in dieser Legislaturperiode unter der Devise stehen: für ein föderatives Deutschland in einem bürgernahen Europa der regionalen Vielfalt mit starken Ländern und starken Landesparlamenten. Das ist unser vordringliches gemeinsames Ziel, und ich hoffe dabei auf Ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Meine Damen, meine Herren! Bei allem Ernst der Arbeit und bei aller Schwere der Verantwortung sollen im Parlament auch das menschliche Miteinander, der gegenseitige Respekt und die Achtung vor dem Andersdenkenden einen gebührenden Platz einnehmen. Zu der menschlichen Seite unserer Tätigkeit paßt ein Wort des englischen Staatsmannes und Humanisten Thomas Morus. Es lautet: „Herr, schenke mir Sinn für Humor, gib mir die Gnade, einen Scherz zu verstehen, damit ich Glück kenne im Leben und anderen davon mitteile!“

Ich sehe meine Aufgabe als Präsident des Bayerischen Landtags auch darin, daß dieser Satz von Thomas Morus in unserer Alltagsarbeit wenigstens gelegentlich spürbar wird, und ich wünsche Ihnen für die nächsten vier Jahre neben Erfolg auch Gelassenheit, Humor und innere Zufriedenheit. Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Wahl des Ersten Vizepräsidenten

(Präsident Dr. Vorndran)

Vorschlagsberechtigt ist die Fraktion der CSU. Das Wort hat der Herr Kollege Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der CSU-Fraktion schlage ich den bisherigen Ersten Vizepräsidenten, Kollegen Siegfried Möslein, für dieses Amt vor.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren! Sie haben diesen Vorschlag gehört. Vorgeschlagen ist Herr Abgeordneter Möslein. Sie finden die amtlichen Stimmzettel, wie eben schon erwähnt, auf der Bank. Für die Wahl des Ersten Vizepräsidenten gelten dieselben Wahlregeln wie für die Wahl des Landtagspräsidenten.

Wir kommen zur Wahl. Ich bitte den Namensaufruf vorzunehmen.

(Namensaufruf)

Das Alphabet wird ein mal wiederholt. –

Die Wahl ist abgeschlossen. Die Sitzung wird zur Feststellung des Wahlergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 10 Uhr 58 Minuten bis 11 Uhr 07 Minuten)

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl bekanntgeben. Auf den Abgeordneten Möslein entfielen 162 Stimmen, fünf ungültige Stimmen, 22 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf feststellen, daß Herr Abgeordneter Möslein zum Ersten Vizepräsidenten dieses Hauses wiedergewählt ist.

Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt.

Möslein (CSU): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Vizepräsident, im Namen des Hohen Hauses, aber auch im eigenen Namen darf ich Ihnen herzlich gratulieren. Ich wünsche Ihnen alles Gute und bitte um gute Zusammenarbeit während der nächsten vier Jahre.

(Beifall)

Wir kommen zur

Wahl des Zweiten Vizepräsidenten

Vorschlagsberechtigt ist die Fraktion der SPD. Das Wort hat Herr Kollege Hiersemann.

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion schlage ich den Kollegen Dr. Helmut Rothemund vor.

Präsident Dr. Vorndran: Danke schön. Vorgeschla-

gen ist Herr Abgeordneter Dr. Rothemund. Ich darf bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Das Alphabet wird ein mal wiederholt. –

Die Wahl ist abgeschlossen. Die Sitzung wird zur Feststellung des Wahlergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.21 Uhr bis 11.32 Uhr)

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wiederaufgenommen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl zum Zweiten Vizepräsidenten bekannt: Abgegeben wurden 179 Stimmen. Auf den Herrn Abgeordneten Dr. Rothemund entfielen 153 Stimmen. 16 Stimmen sind ungültig. Es wurden acht Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgegeben.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf feststellen, daß Herr Dr. Rothemund damit zum Zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt ist.

Ich darf Sie fragen, Herr Abgeordneter Dr. Rothemund: Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Rothemund (SPD): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Kollege Dr. Rothemund, im Namen des Hohen Hauses und persönlich darf ich Ihnen herzlich gratulieren. Ich wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeit viel Erfolg und bitte um gute Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Wahl der Schriftführer

Für das Präsidium sind noch Schriftführer zu wählen. Nach § 8 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags gehören dem Präsidium sechs Schriftführer an. Nach § 9 Absatz 1 der Geschäftsordnung gilt bei der Wahl das d'Hondtsche Verfahren. Fraktionen, auf die hiernach kein Sitz entfällt, erhalten einen zusätzlichen Schriftführersitz. Das bedeutet, daß in der 12. Legislaturperiode acht Schriftführer, und zwar von der CSU vier, von der SPD zwei, von den GRÜNEN und von der FDP je ein Schriftführer dem Präsidium angehören.

Die Wahlen erfolgen auf Vorschlag der anteilsberechtigten Fraktionen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Geschäftsordnung schreibt nicht vor, daß geheime und namentliche Wahl erfolgen muß. Ich darf Ihnen deshalb vorschlagen, daß die Wahl der Schriftführer entsprechend der bisherigen Übung in einfacher Form und kumulativ vorgenommen wird. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

(Präsident Dr. Vorndran)

Die Fraktionen haben folgende Schriftführer nominiert:

- die Fraktion der CSU die Abgeordneten Willi Müller, Ernst Michl, Annemarie Hecker und Karl Kling
- die Fraktion der SPD Frau Christa Harrer und Herrn Herbert Franz
- die Fraktion DIE GRÜNEN Frau Sophie Rieger
- die Fraktion der FDP Herrn Joachim Spatz.

Wer der Wahl der eben Bekanntgegebenen als Schriftführer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich darf fragen, ob es Stimmenthaltungen gibt. – Drei Stimmenthaltungen von Betroffenen. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Die Wahl der Schriftführer ist damit ordnungsgemäß vollzogen.

Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. Herr Müller?

Müller Willi (CSU): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Michl?

Michl (CSU): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Frau Hecker?

Frau Hecker (CSU): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Kling?

Kling (CSU): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Frau Harrer?

(Abg. Hiersemann: Sie nimmt an!)

Herr Franz?

Franz (SPD): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Frau Rieger?

Frau Rieger (DIE GRÜNEN): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Spatz?

Spatz (FDP): Ich nehme die Wahl an.

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren! Ich gratuliere den eben Gewählten im Namen des Hohen Hauses und persönlich zur Wahl als Schriftführer. Ich wünsche ihnen bei der zukünftigen Tätigkeit viel Erfolg.

(Frau Paulig: Den Damen!)

– Entschuldigung, selbstverständlich auch den Damen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich bei Frau Kollegin Hohlmeier und bei Herrn Kollegen Spatz für ihre Arbeit als vorläufige Schriftführer. Ich bitte einen Schriftführer aus den Reihen der CSU zu meiner Rechten und einen Schriftführer aus den Reihen der SPD zu meiner Linken Platz zu nehmen. – Danke schön.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur

Wahl und Vereidigung des Herrn Ministerpräsidenten

Zunächst darf ich Ihnen die einschlägigen Bestimmungen der Bayerischen Verfassung vorlesen. Artikel 44 Absätze 1 und 2 der Bayerischen Verfassung lauten:

Der Ministerpräsident wird von dem neugewählten Landtag spätestens innerhalb einer Woche nach seinem Zusammentritt auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Wählbar ist jeder wahlberechtigte Bayer, der das 40. Lebensjahr vollendet hat.

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung über Wahlen wurden Ihnen bereits anlässlich der Wahl des Präsidenten im Wortlaut bekanntgegeben. Ich verweise auf die §§ 46 und 47 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag. Besonders betone ich nochmals, daß gemäß § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung unverändert abgegebene Stimmzettel als nicht abgegeben gelten.

Ich bitte nun um den Vorschlag für die Wahl des Ministerpräsidenten. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der CSU-Fraktion und entsprechend dem überwältigenden Wählerwillen in Bayern schlage ich Dr. Max Streibl für dieses Amt vor.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Weiter um das Wort gebeten hat Frau Paulig.

Frau Paulig (DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident! Ich denke, daß es angemessen ist, bei der Wahl zum Ministerpräsidenten, die nun ansteht, auch Vertretern und Vertreterinnen der Opposition das Wort zu geben.

Die Fraktion DIE GRÜNEN wird die Wahl von Max Streibl zum Ministerpräsidenten nicht unterstützen.

(Abg. Niedermayer: Welche Überraschung!

– Abg. Grünbeck: Eine geheime Wahl!)

– Sehen Sie, die GRÜNEN sind immer für Überraschungen gut.

Mit Max Streibl findet eine Politik der Naturzerstörung, der Zerstörung der Lebensgrundlagen und eine Politik der Mißachtung sozialer und demokratischer Rechte ihre Fortsetzung.

(Widerspruch bei der CSU)

Max Streibl und die CSU haben mit dem Image des väterlichen Politikers, des Landesvaters, des Christen und Bayern ein gutes Wahlergebnis eingefahren. Aber ich möchte heute etwas hinter die Fassade schauen.

Ich frage Sie: Entspricht es einem Landesvater, mit einer Politik wachsender Müllberge und wachsender Müllverbrennungsanlagen unter Verheimlichung von Dioxinwerten Müttern und Kindern zu empfehlen,

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

sich nicht mit Produkten aus ihrem Garten zu ernähren, sondern auf den Handel zurückzugreifen?

Entspricht es der Politik eines Landesvaters zuzulassen, daß unser Trinkwasser zunehmend mit Pestiziden und Nitraten belastet wird?

(Widerspruch von der CSU)

Entspricht es der Politik eines Landesvaters zuzulassen, daß die Muttermilch so mit Giften belastet ist, daß man sie nicht einmal mehr einem 70 kg schweren Erwachsenen zumuten darf?

(Erneuter Widerspruch bei der CSU)

Entspricht es einem Landesvater, mit seiner Politik das Auto und damit die Abgasemissionen so zu fördern, daß das Leben von Kindern und die Gesundheit nachhaltig bedroht sind, daß Allergien und Krebs zunehmen?

(Fortgesetzter Widerspruch und Zurufe von der CSU)

Entspricht es einem Landesvater zuzulassen, daß Bäuerinnen und Bauern unzureichend bezahlt werden und daß die Produktion von Nahrungsmitteln in die Industrie abwandert?

(Abg. Niedermayer: Jetzt reicht es aber! und weitere Zurufe von der CSU: Der Wahlkampf ist doch zu Ende!)

Entspricht es einem Landesvater, die Arbeit in den Pflegeberufen und altenbetreuenden Berufen nicht angemessen zu vergüten?

(Zuruf von der CSU: Halt einen Vorschlag machen!)

Kann ein Landesvater es verantworten, daß alte Menschen vor dem Pflegenotstand Angst haben, daß sie sich im Alter wegen Krankheit und Einsamkeit sorgen müssen?

(Zurufe von der CSU)

Kann ein Landesvater es zulassen, daß die gefährliche Atomenergienutzung weiterbetrieben wird, statt endlich die Nutzung alternativer Energiequellen, die ohne Abgase sind, zu fördern?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Die Wahlen habt ihr verloren!)

Kann es ein Landesvater zulassen, daß uns im Frieden Tiefflieger bedrohen und Kinder erschreckt und verängstigt werden?

(Abg. Bauereisen: Das ist jetzt vorbei! – Weitere Zurufe von der CSU)

Bräuchten wir nicht endlich eine Landesmutter? Frau Stamm, sind Sie nicht auch dieser Meinung?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Leeb: Sie mißbrauchen das Parlament! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bräuchten wir nicht eine Landesmutter, die nicht nur irgendwo winkend oder huldigend bei irgendwelchen Empfängen ist, sondern eine Frau, die wirklich die Nöte ihrer Mitbürgerinnen kennt, die sich nicht irgendwo durch Dienst an den Waffen qualifiziert hat, sondern die sich durch den Dienst an ihren Kindern und in der Betreuungs- und Pflegearbeit qualifiziert hat?

(Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Dr. Eykmann: Unverschämt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir bräuchten ganz dringend eine Frau als Ministerpräsidentin,

(Abg. Nätscher: Frau Psimmas!)

die um die Nöte der Frauen weiß, die arbeiten und die Kinder haben, die um die Nöte der alleinerziehenden Frauen weiß, die weiß, welche Arbeit es bedeutet, ehrenamtlich Pflege und Betreuung zu leisten, die um die Nöte von Ausländern und Ausländerinnen, Ausländerkindern und Asylbewerbern und Asylbewerberinnen weiß, die die Probleme der Wohnungssuche, die Probleme einer kleinen oder teuren Wohnung aus eigener Erfahrung kennt. So eine Frau bräuchten wir. Und wir bräuchten endlich eine Ministerpräsidentin, die die Diskriminierung der Frau im Beruf, die Zurückstellung der Frauen in Forschung und Kunst kennt.

(Zuruf von der CSU: Machen Sie einen Vorschlag!)

Wenn ich mich aber so umsehe, dann ist meine Hoffnung auf eine Landesmutter nicht groß. Es ist wieder alles männlich, alles grau und schwarz und ein bißchen bläulich. Zehn Frauen bei der CSU, eine bei der FDP. Ich wünschte mir wirklich bessere Ergebnisse und endlich eine bessere Vertretung der Frauen hier im Bayerischen Landtag.

(Abg. Erwin Huber: Der Wähler hat entschieden!)

Aber Max Streibl hat ja nicht nur als Landesvater sehr gute Ergebnisse eingefahren. Nein, er hat sicher auch als Christ sehr gute Ergebnisse gebracht, wenn ich Ihnen von den GRÜNEN auch sagen muß: Es reicht nicht aus, in Passionsspielen aufzutreten oder Grundstücksgeschäfte mit der Caritas zu machen. Das ist nicht christlich.

(Heftiger Widerspruch von der CSU, u. a.: Verunglimpfung! – Unverschämtheit! – Geschmacklos! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bezeichne es auch als ausgesprochen unchristlich, daß in Bayern immer noch Waffen produziert und exportiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Dr. Herbert Huber (Landshut): Gehen Sie heim!)

Ich bezeichne es als ausgesprochen unchristlich, daß ein Ministerpräsident als Aufsichtsrat bei MBB Waffengeschäfte mit dem Irak betreibt, und ich wende mich entschieden gegen diese Doppelmoral der Poli-

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

tik. Jahrzehntlang wurden Geschäfte mit solchen Ländern gemacht, und dann wundert man sich, wenn diese Länder auch als Aggressoren auftreten. Es ist scheinheilig und absolut unmoralisch, in Bayern Waffen zu produzieren und zu exportieren.

Es muß ganz deutlich gesagt werden: Von allen Waffen und militärischen Geräten geht der Tod aus. Es ist nicht so, daß Waffen Friedensgeräte wären. Sie führen immer auch zur Vernichtung. Denken wir an den Krieg Irak-Iran; denken wir an die Vergiftung der Kurden; und denken wir daran, daß Flüchtlinge aus dem Iran, die wir mit unserer Waffenproduktion zur Flucht getrieben haben, bei uns Asyl suchen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Erst vorgestern wurde in Wernberg eine kurdische Familie auseinandergerissen. Eine Mutter mit zwei Kindern wurde an den Flughafen gebracht und abgeschoben, während der Vater beim Zahnarzt war. Ein Kind ist in der Oberpfalz geblieben. Das nennen Sie christliche Politik! Wir GRÜNEN machen dabei nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Die Bevölkerung entscheidet richtig!)

– Die Bevölkerung entscheidet, und wir GRÜNEN sind auch im Landtag. Die Bevölkerung hat mit entschieden, daß wir hier sind. Darum habe ich das Wort ergriffen.

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Ein Ministerpräsident, der derart in Aufsichtsräte, Verwaltungsposten und sonstige Posten eingebunden ist, hat nicht die Zeit, sein Amt als Ministerpräsident verantwortungsvoll auszuüben. Ich will Ihnen einmal sagen, was Herr Max Streibl noch alles macht. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Fernsehrates des ZDF, Aufsichtsratsmitglied bei Bayernwerk AG, MBB, Bayerischer Vereinsbank,

(Zuruf von der CSU: Das stimmt doch gar nicht!)

Deutscher Lufthansa, Flughafen München GmbH, stellvertretender Vorsitzender der Rhein-Main-Donau AG, beim Fernsehstudio München GmbH,

(Zuruf von der CSU: Das stimmt doch gar nicht!)

Verwaltungsratsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Bayerischen Landesstiftung.

(Abg. Dr. Herbert Huber (Landshut): Geistige Umweltverschmutzung!)

Wären die Posten auf viele Häupter verteilt, wäre dagegen gar nichts zu sagen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Person verantwortungsvoll dieser Arbeit nachkommen kann.

Dann ist diese Arbeit aber auch zu hinterfragen. Ich habe schon darauf hingewiesen, was bei MBB läuft. Es wäre dringend notwendig, beispielsweise unserem Antrag zur Rüstungskonversion endlich zuzustimmen, damit wir MBB umbauen könnten.

(Lebhafter Widerspruch von der CSU – Unruhe)

Ich muß aber leider feststellen: Mit solchen Posten, beispielsweise bei den Medien, wird Einfluß auf die Darstellung genommen. Mit den Posten in der Rhein-Main-Donau AG oder der Flughafen GmbH werden zerstörerische Projekte wie der Rhein-Main-Donau-Kanal und der Flughafen München II im Erdinger Moos vorangetrieben. All das zerstört die Natur.

Es ist angesichts der steigenden Zahl von Sozialhilfeempfängern und Sozialhilfeempfängerinnen, auch der steigenden Zahl von Jugendlichen in dieser Gruppe, nicht unwesentlich, darauf hinzuweisen, daß das Gehalt des Ministerpräsidenten allein im Jahr 1988 214000 DM betragen hat, daß es inzwischen erhöht worden ist,

(Abg. Dr. Herbert Huber (Landshut): Sind Sie aber heftig und böse!)

daß aber leider trotz Anfrage keine Aufstellung über die Aufwandsentschädigungen vorliegt, die für die genannten Posten gezahlt werden und die auch steuerlich abgesetzt werden können.

(Abg. Stein: So ein Blödsinn! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich meine, wir sollten endlich unsere Gesellschaft auch dahin orientieren, daß alle, die Arbeit leisten, auch angemessen entlohnt werden.

Alle Posten, die ich genannt habe, sind nur die Spitze des schwarzen Filzes, der hier in Bayern herrscht.

(Zustimmung von den GRÜNEN – Abg. Miller: Grün ist der Filz! – Zuruf von der CSU: Unverschämtheit!)

Ich verweise auf einen ehemaligen Minister, der sein Direktmandat verloren hat, der nicht für einen Kabinettposten zur Verfügung steht und der jetzt in Verhandlungen mit einer Versicherungsgesellschaft steht.

(Abg. Leeb: Das geht Sie doch einen Dreck an! – Weitere Zurufe von der CSU)

Wir kennen dies alles: Politiker wechseln in lukrative Posten. Banken, Versicherungen, Medien, Einrichtungen und Stiftungen fangen diese Politiker auf.

(Abg. Grünbeck: Was macht denn der Oskar?)

Ich denke, angesichts der Armut, die wir auch in Bayern haben, sollten wir endlich diese Art von Einkünften offenlegen und endlich Schritte zu einer gerechten Verteilung der Einkünfte einleiten.

(Abg. Grünbeck: Alles sozialisieren!)

Eigentlich müßte immer ein schwarzer Filz auf diesem Rednerpult liegen, um augenfällig zu machen, wenn die CSU spricht, wenn Regierungsvertreter und -vertreterinnen sprechen, wessen Interessen hier vertreten werden. Aber wir GRÜNEN reden nicht nur, sondern wir handeln auch.

(Frau Paulig [DIE GRÜNEN])

(Die Rednerin breitet ein schwarzes Tuch über das Rednerpult – Heftiger Widerspruch von der CSU und Zurufe, u. a.: Das ist nicht zulässig! Raus! Weg damit! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Vorndran: Frau Abgeordnete, ich sehe darin einen schweren Verstoß. Ich rüge Sie und werde das im Ältestenrat zur Sprache bringen.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Empörung bei der CSU und Zurufe, u. a.: Das ist nicht zu fassen! Weg damit! Das ist eine Schande für das Parlament! Unmöglich! Giftspritzerin! – Abg. Niedermayer: Eine Ungezogenheit! – Abg. Will: So geht es nicht!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Glück.

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Paulig, um an Ihre Einleitung anzuknüpfen, Herr Ministerpräsident Streibl müßte eigentlich an sich selbst zweifeln, wenn er von Ihnen unterstützt würde.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Tiefpunkt politischer Kultur erlebt von Repräsentanten einer Partei, die zehn Minuten oder eine Stunde vorher noch mit weinerlicher Stimme von Demokratieverständnis und politischer Kultur geredet haben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Paulig und alle, die dieser Art der Argumentation zustimmen – –

(Abg. Niedermayer und andere CSU-Abgeordnete: „Kollegin“ dürfen Sie da nicht mehr sagen!)

– Ja, in der Tat ist man da an einem Punkt, wo man „Kollegin“ nicht mehr formulieren sollte.

(Beifall bei der CSU)

Wer so hemmungslos diffamierend redet, senkt die Hemmschwellen potentieller Attentäter auf die Politik.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Wer immer auch der Nächstbetroffene sein sollte, mit dieser Art politischer Diffamierung sind Sie Wegbereiter derjenigen, die dann die Hemmung verlieren und Attentate verüben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Diese Art der politischen Auseinandersetzung ist ein Stück geistiger Schreibtischtäterschaft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Im übrigen halte ich es nicht für angemessen, auf die einzelnen Punkte überhaupt einzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Zwei Dinge möchte ich aber doch ansprechen, weil diese immer an die Öffentlichkeit dringen:

Das Wahrnehmen von Aufsichtsratsmandaten durch Mitglieder der Staatsregierung und auch durch den Herrn Ministerpräsidenten ist nicht Privatangelegenheit; sie vertreten hier Interessen des Freistaates Bayern. Die Öffentlichkeit soll auch wissen, daß 83 Prozent des Entgelts, das für die Wahrnehmung der Aufsichtsratsmandate gezahlt wird, an die Landesstiftung gehen und für soziale und kulturelle Zwecke eingesetzt werden. Das heißt, die Regierungsmitglieder werden zusätzlich ungleich mehr belastet, als sie einen finanziellen Ertrag davon haben. Man kann darüber in jedem Einzelfall diskutieren, wenn man will, wir müssen aber miteinander dafür sein, daß in diesem Bereich der Wirtschaft die Interessen Bayerns vertreten werden; die erfolgreiche Strukturpolitik Bayerns hängt damit wesentlich zusammen. Deshalb begrüßen wir ganz ausdrücklich, daß überall dort, wo es sachgerecht ist, Mandate von Mitgliedern der Staatsregierung wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Daß Politiker aufgrund ihrer persönlichen Eigenschaften und Tüchtigkeit Angebote aus der Privatwirtschaft erhalten, ist positives Zeichen ihrer Qualifikation in der Politik und kein Anlaß für Diffamierungen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Die nächste Wortmeldung liegt vor von Herrn Hiersemann.

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CSU hat die Landtagswahl gewonnen und wird den Ministerpräsidenten stellen. Die Probleme in Bayern und für Bayern sind aber auch nach dem 14. Oktober die gleichen, daran ändert dieses Wahlergebnis nichts. Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren immer härter darüber diskutieren müssen, wie die Kosten der ökonomischen Fehlentscheidungen dieser Bundesregierung im Zuge des deutschen Einigungsprozesses aufzubringen sind. Dabei wird sich die Diskussion immer stärker dahin verlagern, wie dies sozial gerecht gestaltet werden kann.

(Zuruf von der CSU: Der Lafontaine wird das schon machen!)

Wir werden in den kommenden Monaten und Jahren auch vor dem Problem stehen, wie wir in Bayern Menschen in Wohnungen bringen können und was wir gegen die Mietenexplosion in diesem Freistaat tun können. Wir werden nach wie vor vor dem Problem stehen, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Beruf noch in vielen Bereichen nur auf dem Papier steht. Wir werden nach wie vor vor der Situation stehen, daß immer mehr Alleinerziehende in die Sozialhilfe abgedrängt werden, weil sie nicht wissen, wohin mit ihren Kindern, wenn sie arbeiten gehen müssen. Das heißt, wir werden nach wie vor versuchen, im Bereich von Kindertagesstätten eine andere Politik zu betreiben.

(Hiersemann [SPD])

Wir werden nach wie vor auch vor dem Problem des Pflegenotstandes stehen, und wir werden dafür kämpfen, daß die Regierungsmehrheit endlich Maßnahmen ergreift, damit ältere und kranke Menschen hinreichend gepflegt werden können. Wenn am Klinikum Großhadern in München inzwischen 20 Prozent der Betten nicht belegt werden können, weil keine Krankenschwestern zur Verfügung stehen, so halte ich das für einen Skandal.

Wir werden nach wie vor vor der Situation stehen, daß diese Staatsregierung einseitig auf Kernenergie setzt und nicht im geringsten ihren Beitrag dazu leistet, mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu beginnen.

Wir werden nach wie vor vor der Situation stehen, daß diese Staatsregierung keinerlei Verkehrskonzepte hat, weder im Autobahnbereich noch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, welche die Umwelt und den Menschen schonen und schützen.

Wir werden nach wie vor in einem Freistaat leben, in dem der Radikalenerlaß gilt, in dem es ein Gesetz über den Unterbindungsgewahrsam gibt, in dem ein Polizeiaufgabengesetz gilt, das unseres Erachtens mit rechtsstaatlichen Kriterien nicht vereinbar ist.

(Abg. Dr. Wilhelm: Der Wahlkampf ist doch längst vorbei!)

– Was ist das?

(Abg. Dr. Merk: Das ist ein Mißbrauch der Geschäftsordnung!)

– Also Entschuldigung, ich war der Auffassung, daß wir den künftigen Weg Bayerns im Rahmen der Regierungserklärung und der Aussprache dazu diskutieren werden.

(Abg. Möslein: Das ist richtig! – Weitere Zurufe von der CSU)

Das hat sich nun heute anders ergeben, und darum werden Sie der größten Oppositionspartei gestatten, hier einiges zu sagen.

(Abg. Dr. Merk: Ihr hängt euch immer nur an! – Beifall bei der CSU)

Alle diese Probleme haben sich mit dem 14. Oktober nicht geändert.

(Abg. Sinner: Eure Probleme auch nicht! – Heiterkeit)

Ich denke, in einer solchen Situation ist es notwendig, daß in diesem Freistaat und in diesem Haus eine starke Opposition tätig ist. Die Sozialdemokraten sind dazu bereit.

(Zuruf von der CSU: Eine schwache Opposition!)

Wir werden eine Opposition führen mit Härte in der Sache, aber ohne Schläge unter die Gürtellinie im persönlichen Bereich.

Ich habe vorhin einige Probleme skizziert, vor denen Bayern steht. Wir sehen in Herrn Streibl nicht denjenigen, der die Gewähr bietet, daß diese Probleme so gelöst werden, wie die Sozialdemokraten dies sich vorstellen.

(Widerspruch bei der CSU)

Deswegen kann die SPD Herrn Streibl bei dieser Wahl nicht unterstützen. Sie wird mit Nein stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Zu Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Grünbeck.

Grünbeck (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin tief betroffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Als uns heute morgen alle Fraktionen den Fraktionsstatus zugebilligt haben, war ich dankbar und habe von einem Zeichen politischer Kultur gesprochen. Was wir aber jetzt in der letzten halben Stunde gemacht haben,

(Zuruf von der CSU: Nicht wir!)

macht mich zutiefst betroffen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten, aber keine Sachdebatte, und wir dachten, dies wäre Sache Ihrer Regierungserklärung und der sich daran anschließenden Aussprache.

(Abg. Alois Glück: So ist es!)

Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Glück, aber etwas widersprechen, wenn Sie auf die Attentäter der letzten Zeit Bezug nehmen. Die Attentäter der letzten Zeit, meine Damen und Herren, waren geistig Gestörte.

(Noch! und Widerspruch bei der CSU)

– Nein, ich will nicht verharmlosen. Ich hätte auch Ihnen, Frau Kollegin Paulig, gern in mancher Passage zugestimmt, was die Waffen betrifft, aber Waffen werden auch an Terroristen geliefert, und Terroristen haben ungeheures Elend in diesem Lande erzeugt. Auch davon hätten Sie sich distanzieren müssen, wenn Sie sich schon von der Anwendung von Waffen distanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Auch sage ich Ihnen zu Ihren Ausführungen zur Gleichmacherei und zum Sozialisieren aller Einkommen, wenn Sie diese Neidhammeldiskussion weiterführen, daß Sie dann gleichzeitig hinzufügen müssen, daß Sie Leistung in unserem Lande abschaffen wollen, daß Sie das Risiko einkommensbezogener unternehmerischer Leistung beseitigen wollen, Risiken auch in anderen Bereichen. Zu einer solchen Gleichmacherei sage ich Ihnen nur: Gehen Sie doch einmal durch die Welt! Sollten wir alle, meine Damen und Herren, nicht etwas stolz sein auf dieses Land, das, was die Einkommen und den Lebensstandard betrifft, eine mittelständische Schicht, und zwar nicht nur gewerblichen Mittelstand, sondern auch einen sozialen Mittelstand hervorgebracht hat, daß die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner ist als in einem ande-

(Grünbeck [FDP])

ren vergleichbaren Land. Das sollten wir doch endlich einmal anerkennen.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden Ihre Wahl zum Ministerpräsidenten, Herr Streibl, nicht unterstützen, weil wir verschiedene Sachgründe haben. Wir bitten dafür um Verständnis. Wir möchten aber auf keinen Fall, meine Damen und Herren, eine personelle Diskriminierung, auch wenn wir in der Sache unterschiedlicher Auffassung sind. Ich distanziere mich von allen Angriffen auf Herrn Streibl in der Person. Da macht die FDP nicht mit, auch wenn wir in der Sache anderer Auffassung sind.

Meine Damen und Herren! Es steht die politische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Warum sind denn so wenige Menschen zur Wahl gegangen? Wir müssen uns alle anstrengen, die politische Kultur zu erneuern, wie der Herr Präsident heute dankenswerterweise schon gesagt hat. Wir müssen uns alle anstrengen, damit die Wähler wieder an demokratische politische Kultur glauben. Dies aber war kein Beitrag, politische Kultur zurückzugewinnen.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Wir streben alle den Frieden an, und wir reden auch alle vom Frieden. Frieden gehört auch in die Parlamente. Ich erreiche aber keinen Frieden, wenn ich nicht Aufeinanderzugehen anstrebe, statt immer wieder neue Gräben aufzureißen. Die FDP wird sich um eine konstruktive Opposition bemühen. Sie wird sich aber von jeder personellen Diskriminierung, wen immer in diesem Hause sie betreffen mag, distanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Vorndran: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen damit endgültig zur Wahl und Vereidigung des Ministerpräsidenten. Ich bitte Sie, zu Ihrer Stimmabgabe den amtlichen Stimmzettel zu verwenden.

Ich darf Sie um Ihre Stimmabgabe bitten. Die Herren Schriftführer darf ich bitten, ihres Amtes zu walten. Die übrigen Schriftführer bitte ich, bei der Auszählung mitzuwirken.

Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Das Alphabet wird einmal wiederholt. –

Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird zur Feststellung des Ergebnisses der Wahl unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 12 Uhr
14 Minuten bis 12 Uhr 23 Minuten)

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren! Ich bitte Platz zu nehmen. Ich gebe das Wahlergebnis bekannt.

Für die Wahl des Ministerpräsidenten wurden 199 Stimmen abgegeben. Davon waren 199 gültig. Auf Herrn Abgeordneten Dr. Max Streibl entfallen 126 Stimmen.

(Starker lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Nein-Stimmen wurden 73 abgegeben.

Ich darf den Herrn Ministerpräsidenten fragen, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Streibl: (CSU): Ich bedanke mich und nehme die Wahl an.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Artikel 56 der Bayerischen Verfassung schreibt vor, daß der Ministerpräsident vor seinem Amtsantritt den Eid auf die Verfassung leistet. Sind Sie, Herr Ministerpräsident, bereit, diesen Amtseid zu leisten?

Ministerpräsident Dr. Streibl: Ja.

(Die Anwesenden erheben sich)

Präsident Dr. Vorndran: Herr Ministerpräsident, ich spreche Ihnen die Eidesformel vor:

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

Ministerpräsident Dr. Streibl: Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

(Starker Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich gratulieren und Ihnen für Ihr verantwortungsvolles Amt Gottes Segen, viel Glück und vor allen Dingen ein gutes Wirken zum Wohle unseres Freistaates Bayern wünschen.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Streibl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bayerische Landtag hat mich erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke allen Abgeordneten, die mir die Stimme gegeben haben. Mit den Mitgliedern, die sich nicht für mich entschieden haben, hoffe ich auf eine sachliche, gute und faire Zusammenarbeit, was aber wohl mit der extremen Linken nicht zu machen sein wird.

Unabhängig von dem Maß an Zustimmung, das ich soeben erfahren durfte, habe ich den festen Willen, ein Ministerpräsident für alle Bürger dieses Landes zu sein.

(Beifall bei der CSU)

Es ist meine Absicht, durch eine umsichtige und mit Ihrer Hilfe erfolgreiche Arbeit das Vertrauen zu rechtfertigen, das die bayerischen Bürger uns entgegengebracht haben. Ich werde das Amt des Ministerpräsidenten auch künftig so wahrnehmen, daß dem

(Ministerpräsident Dr. Streibl)

Wortlaut und dem Geist der Verfassung Genüge getan wird. Ich möchte auch den Maßstäben, an denen die Bürgerinnen und Bürger Bayerns einen Ministerpräsidenten zu messen pflegen, gerecht werden. Darum werde ich mit allen Kräften das Interesse Bayerns, vor allem im neuen Deutschland und im kommenden Europa, wahren. Ich werde Schaden von unserem Land und unseren Bürgern abwenden und auf einen Zustand hinwirken, in dem jeder einzelne Bürger sein privates und familiäres Glück erstreben und verwirklichen kann.

Ich stehe in einer ehrwürdigen Tradition bayerischer Ministerpräsidenten. Einer ist heute hier anwesend.

(Beifall bei der CSU)

Jeder dieser Ministerpräsidenten hat das Schicksal und den Weg unseres Landes maßgeblich beeinflusst und dazu beigetragen, daß Bayern das ist, was gerade ein freiheitliches Gemeinwesen in seiner höchsten Entfaltung seinen Bürgern zu sein hat, nämlich echte Heimat. Ich bekenne mich zu dieser Tradition und danke allen, die es mir ermöglicht haben, diese Tradition fortführen zu dürfen.

Noch in der vor uns liegenden Legislaturperiode wird die neuere bayerische Verfassungsentwicklung das 175jährige Jubiläum begehen können. Die Verfassung von 1818 verkörpert wie kein zweites Element jene Klammer, die Bayerns Zusammenhalt und Integrationskraft begründet. Dieses Werk fortzuführen in dem Bewußtsein, daß die Staatlichkeit Bayerns in mehr als 1000 Jahren gewachsen ist, nehme ich als Verpflichtung an.

Die Menschen unseres Landes und ihr legitimer Anspruch auf rechtliche und soziale Sicherheit, auf ein Leben in freier Selbstgestaltung und in kultureller Geborgenheit stehen im Mittelpunkt unserer Verfassung. Die Teilung und die Konkurrenz der Gewalten stellen den Wettbewerb im Ringen um die Verwirklichung dieses Verfassungskerns sicher.

In unserem Streben um die Durchsetzung des richtigen Weges stehen sich Exekutive, Legislative und Judikative jedoch nicht feindlich gegenüber, sondern sie sind aufeinander zugeordnet.

Ein besonderer Bezug besteht dabei zwischen Landtag und Staatsregierung. So wie die Abgeordneten Abgeordnete des ganzen Volkes sind, so ist der Bayerische Ministerpräsident ein Ministerpräsident für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Er kann das sein, weil er nicht direkt vom Volk, sondern indirekt vom Landtag gewählt wird. Diese Konstruktion ermöglicht eine beständige und intensive Kontrolle der Regierungsarbeit durch die Volksvertretung. Andererseits erschöpft sich die Aufgabe einer Volksvertretung in der modernen parlamentarischen Demokratie aber nicht in der Wahrnehmung dieser Kontrollfunktion. Ein modernes Parlament nimmt selbst an der politischen Gestaltung und politischen Willensbildung teil und steht daher in einer besonderen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl.

Auch die künftige Bayerische Staatsregierung wird darum aufrichtig und unter Respektierung der unterschiedlichen Verfassungsaufträge die Zusammenarbeit mit dem ganzen Landtag, mit der Regierungsfraktion und der Opposition suchen, aber auch in konstruktiver Auseinandersetzung um den besten Weg für die Zukunft Bayerns ringen.

Das Epochejahr, in dem wir leben, ist auf die Stellung Bayerns in Deutschland und Europa nicht ohne Einfluß geblieben. Diesen Veränderungen, bedingt durch die Herstellung der Einheit Deutschlands und die Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa, muß auch das Zusammenwirken von Landtag und Bayerischer Staatsregierung Rechnung tragen. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, daß wir in Bayern unseren eigenständigen und eigenverantwortlichen politischen Gestaltungsraum behalten. Landtag und Bayerische Staatsregierung tragen hier eine hohe gemeinsame Verantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich unmittelbar nach dieser Rede das Parlament verlassen muß, dann nur deshalb, weil es darum geht, Bayern im Europa der Regionen zu vertreten. Die Veranstaltung hat bereits um 13 Uhr begonnen. Ich bitte, das zu verstehen.

Das Lebensglück der Menschen der Gegenwart ist untrennbar sowohl mit den Leistungen früherer Generationen als auch mit dem legitimen Glücksanspruch künftiger Generationen verbunden. Wir alle sind dazu aufgerufen, die uns überantwortete historisch gewachsene Heimat zu pflegen und zu stärken, für uns und für die künftigen Generationen. Bei Respektierung der historisch-kulturellen und landschaftlichen Lebensgrundlagen sind wir auch gehalten, umfassende Vorsorge dafür zu treffen, daß die sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine aktive Zukunftsgestaltung und -bewältigung geschaffen werden.

Dieses Ziel werden wir alle nur gemeinsam erreichen. Deshalb werden ich und die neue Staatsregierung allen Ideen, Anregungen und Lösungsvorschlägen, die dieses Ziel konstruktiv fördern, aufgeschlossen und wohlwollend gegenüberstehen und sie prüfen. Für Beiträge seitens der Opposition im Bayerischen Landtag gilt dies selbstverständlich in gleicher Weise. Ich versichere Ihnen: In der Bayerischen Staatsregierung findet der Bayerische Landtag auch in den kommenden Jahren einen fairen und zum konstruktiven Dialog stets bereiten Partner.

Uns allen, meine Damen und Herren, wünsche ich, daß wir den staatspolitischen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft auf einem Niveau begegnen, das die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stolz sein läßt auf die Kompetenz, die Urteilskraft und die Herzensbildung derer, die treuhänderisch politische Verantwortung tragen.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen für die Ausführungen. Im Namen des Hohen Hauses danke ich Ihnen noch einmal sehr

(Präsident Dr. Vorndran)

herzlich. Für die heute beginnende Dritte Konferenz „Europa der Regionen“ in Riva begleiten Sie unsere besten Wünsche.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Außerhalb der Tagesordnung darf ich die Mitglieder des Ältestenrats einschließlich der jeweils benannten Vertreter bekanntgeben.

Die Fraktion der CSU hat als Mitglieder benannt Herrn Adolf Beck, Herrn Paul Diethel, Herrn Alois Glück, Herrn Dr. Gerhard Merkl, Herrn Philipp Vollkommer, Herrn Dr. Paul Wilhelm und Herrn Christian Will.

Die Fraktion der SPD hat als Mitglieder benannt Herrn Karl-Heinz Hiersemann, Frau Hedda Jungfer und Herrn Rolf Langenberger.

Die Fraktion der GRÜNEN benannte als Mitglied Frau Scheel.

Die Fraktion der FDP benannte als Mitglied Herrn Josef Grünbeck.

Stellvertretende Mitglieder für die CSU sind Herr Friedrich Bauereisen, Herr Max Strehle, Herr Günther Gabsteiger, Herr Dr. Herbert Huber (Landshut), Frau Anneliese Fischer, Herr Eugen Freiherr von Redwitz, Herr Franz Brosch, Herr Franz Gruber, Herr Christian

Knauer, Herr Dr. Herbert Kempfler, Herr Manfred Hölzl, Herr Walter Hofmann, Herr Erwin Stein und Herr Johann Böhm.

Für die SPD wurden benannt Herr Hans Werner Loew, Herr Herbert Müller, Herr Dr. Helmut Ritzer, Frau Carmen König, Herr Dietmar Franzke und Herr Joachim Wahnschaffe.

Für die GRÜNEN wurden als stellvertretende Mitglieder benannt Frau Paulig und Herr Dr. Fleischer.

Für die FDP wurden Herr Wolf-Dietrich Großer und Herr Professor Dr. Jürgen Doeblin benannt.

Einer Wahl oder Bestätigung durch das Plenum bedarf es nach § 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung nicht. Die Mitglieder werden durch die Fraktionen ernannt. Der Präsident gibt hier lediglich die Namen bekannt.

Meine Damen und Herren! Ehe ich die Sitzung schließe, bitte ich die Mitglieder des Ältestenrats zu unserer ersten Sitzung um 13.30 Uhr in das Bayernzimmer.

Die CSU lädt zur Fraktionssitzung in das Konferenzzimmer um 14.30 Uhr. Die SPD lädt ebenfalls um 14.30 Uhr zur Fraktionssitzung.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12 Uhr 40 Minuten)

Anhang

(Liste für den Namensaufruf)

A

Asenbeck Nikolaus

B

Bauereisen Friedrich
 Dr. Baumann Dorle
 Beck Adolf
 Dr. Beckstein Günther
 Dr. Berghofer-Weichner Mathilde
 Dr. Bernhard Otmar
 Dr. Bittl Xaver
 Blöchl Josef
 Böhm Johann
 Brandl Max
 Dr. Braun Peter
 Braun Alois
 Breittrainer Konrad
 Brosch Franz
 Brückner Helmut

C

Christ Manfred

D

Daxenberger Sepp
 Demi Marianne
 Dick Alfred
 Diethel Paul
 Dinglreiter Adolf
 Prof. Dr. Doeblin Jürgen
 Donhauser Heinz

E

Eckstein Herbert
 Eckstein Kurt
 Engelhard Rudolf
 Engelhardt Walter
 Eppeneder Josef
 Dr. Eykmann Walter

F

Falk Herbert
 Feneberg Josef
 Fickler Georg
 Fischer Anneliese
 Fischer Herbert
 Dr. Fleischer Manfred
 Franz Herbert
 Franzke Dietmar
 Freller Karl

G

Gabsteiger Günter
 Dr. Gantzer Peter Paul
 Gausmann Manfred

Dr. Gauweiler Peter
 Glück Alois
 Dr. Glück Gebhard
 Dr. Götz Franz
 Dr. Goppel Thomas
 Grabner Georg
 Großer Wolf-Dietrich
 Grossmann Walter
 Gruber Franz
 Grünbeck Josef
 Gürteler Richard
 Freiherr von Gumpfenberg Dietrich

H

Haas Gerda-Maria
 Dr. Hahnzog Klaus
 Harrer Christa
 Dr. Hartl Hans
 Dr. Haushofer Martin
 Hausmann Heinz
 Heckel Dieter
 von Heckel Max
 Hecker Annemarie
 Heinrich Horst
 Hering Bernd
 Hiersemann Karl-Heinz
 Hiersemenzel Karin
 Hoderlein Wolfgang
 Hölzl Manfred
 Hofmann Walter
 Hohlmeier Monika
 Hollwich Werner
 Huber Erwin
 Dr. Huber Herbert (Landshut)
 Dr. Huber Herbert (Dachau)

I

Ihle Franz
 Irlinger Eberhard

J

Jetz Stefan
 Jungfer Hedda

K

Kaiser Gebhard
 Dr. Kaiser Heinz
 Kamm Raimund
 Kaul Henning
 Kellner Emma
 Dr. Kempfler Herbert
 Kiesel Robert
 Kiesel Erich
 Kling Karl
 Klünger Rudolf
 Knauer Christian
 Knauer Walter

Kobler Konrad
 Köhler Elisabeth
 König Carmen
 Kolo Hans
 Kopka Klaus
 Kränzle Bernd
 Kuchenbaur Sebastian
 Kupka Engelbert

L

Dr. Lang August
 Langenberger Rolf
 Leeb Hermann
 Leichtle Wilhelm
 Lerchenmüller Otto
 Leschanowsky Heinz
 Lödermann Theresa
 Loew Hans Werner
 Loscher-Frühwald Friedrich
 Lukas Hans

M

Dr. Magerl Christian
 Maget Franz
 Dr. Maier Christoph
 Martini Klaudia
 Dr. Matschl Gustav
 Maurer Hans
 Dr. Merkl Gerhard
 Dr. Meyer Albert
 Meyer Franz
 Michl Ernst
 Miller Josef
 Möslein Siegfried
 Moser Willibald
 Dr. Müller Helmut
 Müller Herbert
 Müller Karl Heinz
 Müller Willi

N

Nätscher Karl-Heinz
 Narnhammer Barbara
 Naumann Hans-Günter
 Nentwig Armin
 Neumeier Johann
 Niedermayer Josef
 Niedermeier Hermann
 Nüssel Simon

P

Paulig Ruth
 Ponnath Bruno

R

Radermacher Karin
 Ranner Sepp

Freiherr von Redwitz Eugen
Regensburger Hermann
Rieger Sophie
Riess Roswitha
Ritter Ludwig
Dr. Ritzer Helmut
Rosenbauer Georg
Dr. Rosenbauer Heinz
Dr. Rothemund Helmut
Rotter Eberhard

S

Sackmann Markus
Sauter Alfred
Scheel Christine
Schieder Werner
Schimpl Toni
Schindler Franz
Schläger Albrecht
Schmid Albert
Dr. Schmid Albert
Schmid Georg
Schmitt Hilmar
Dr. Schosser Erich
Schramm Hans-Günther

Dr. Schuhmann Manfred
Schuhmann Otto
Schultz Heiko
Schweder Christl
Schweiger Rita
Dr. Seebauer Rolf
Seehuber Andreas
Seitz Erwin
Sinner Eberhard
Sommerkorn Klaus
Spatz Joachim
Spitzner Hans
Stamm Barbara
Starzmann Gustav
Stein Erwin
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard
Dr. Stoiber Edmund
Straßer Johannes
Strehle Max
Dr. Streibl Max

T

Tandler Gerold
Trapp Heinrich
Traublinger Heinrich

V

Voget Anne
Vollkommer Philipp
Dr. Vorndran Wilhelm

W

Wahnschaffe Joachim
Dr. Freiherr von Waldenfels Georg
Wallner Hans
Dr. Weiß Manfred
Weinhofer Peter
Wengenmeier Richard
Wenning Wilhelm
Dr. Wiesheu Otto
Dr. Wilhelm Paul
Will Christian
Winter Georg
Wirth Günter
Würdinger Marianne

Z

Dr. Zech Gerhard
Zehetmair Hans
Zeitler Otto
Zeller Alfons